

# Zwischenergebnisse

## Der Kommentar

Die Zwischenergebnisse des Gutachtens zur Optimierung der Landesforstverwaltung Sachsen-Anhalt liegen – wenn auch inoffiziell – auf dem Tisch. Die Ergebnisse des Gutachtens sollen Grundlage für die Findung einer neuen Rechtsform des Landesforstbetriebes sein.

Inhalt des Gutachtens sind die Zahlen der Landesforstverwaltung und insbesondere des Landesforstbetriebes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2003 in einem statischen Vergleich mit dem entsprechenden Zahlenwerk der Landesforstverwaltung Niedersachsen sowie der Klosterkammer Hannover. Die Zahlengrundlage des Vergleichs ist – wie auch Staatssekretär Aeikens am 08.12.04 einräumte – deutlich mit Fehlern behaftet und damit höchst fragwürdig. Der HPR lehnt daher dieses Gutachten als Grundlage für politische Entscheidungen gänzlich ab.

Die Ergebnisse selbst sind ernüchtert: 38 Mio € Zuschussbedarf für die Landesforstverwaltung, davon allein 27 Mio € für den Landesforstbetrieb.

Dabei zeichnet das Gutachten ein sehr verzerrtes Bild. Beim Vergleich von Niedersachsen und Sachsen-Anhalt werden völlig unterschiedliche Ausgangsbedingungen nicht gewürdigt. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen.

- Die ertragsschwächsten Kiefernstandorte in Niedersachsen zählen unter sachsen-anhaltinischen Verhältnissen zu den Besten. Das hat nicht nur gravierende Auswirkungen auf Vorräte und Hiebssätze, sondern auf die Erntekosten und die Forstschutzsituation.
- Das Land Niedersachsen verfügt über gewachsene Privatwaldstrukturen. Sachsen-Anhalt nicht.
- Das Niveau der Waldarbeiter ist in Niedersachsen geschichtlich bedingt deutlich niedriger. Die Waldarbeiterzahlen in Sachsen-Anhalt, bei Gründung der Forstämter 1992 waren es weit über 9.000, sanken rapide auf das seit 2001 angestrebte Niveau von weniger als 650. In den letzten 3 Jahren verließen hunderte von Waldarbeitern die Forstämter.

Durch das Fehlen einer zeitlichen Betrachtung werden Erfolge des bestehenden Landesforstbetriebes ausgeblendet. Bei Gründung des Landesforstbetriebes 2002 wurde ein jährlich absinkender Zuschuss vereinbart. Bereits im Jahr 2004 ist das für 2007 anvisierte Ergebnis erreicht. Der Zuschussbedarf des Landesforstbetriebes wurde um ca. 9 Mio € gesenkt, das entspricht einer Einsparung von 25%.

80% Personalkostenanteil täuschen darüber hinweg, dass schon jetzt alle Angestellten zu Gunsten einer Beschäftigungssicherung auf bis zu 7,5 % Arbeitszeit und Arbeitsendgeld verzichten, und das bei größeren Revieren und bei stark gestiegenem Holzeinschlag.

Zahlen, die man im Gutachten vergeblich sucht. Ein unvorbereitetes Kabinett kann bei einem solchen Gutachten nur zu drastischen Entscheidungen kommen. Ist dies gewollt?

Ein Antwort freilich wäre völlig falsch: Mit Verkauf von Landeswäldern werden die Probleme nicht gelöst. Das Personal der Forstverwaltung löst sich auch ohne Wald nicht in Luft auf.

sh